

BAHNLÄRM: Stadt, Parteien und Bürgerinitiative rufen die Bürger zur Teilnahme am Erörterungstermin „Anpassung Schallschutz“ auf

Widerstand gegen Billiglösung der Bahn

Von unserem Redaktionsmitglied Hans Schuppel

"Je mehr Betroffene kommen, desto besser": Oberbürgermeister Dieter Gummer appelliert in einem Pressegespräch an die Hockenheimer, den Erörterungstermin des Regierungspräsidiums Karlsruhe zum Planfeststellungsverfahren "Schallschutz" am Dienstag, 30. Juni, ab 9.30 Uhr (Einlass ab 8.30 Uhr), in der Stadthalle wahrzunehmen. Dabei geht es konkret um das Vorhaben der Bahn zum Schallschutz in Hockenheim. Vorschläge, die in Hockenheim als absolut unzureichend angesehen werden.

Die Stadt erinnert vielmehr auf die 1976 mit der Bahn getroffene Vereinbarung und kämpft zusammen mit den Parteien, der Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim (BISS) und vom Lärm betroffenen Bürgern um einen ausreichenden Schallschutz.

Güterverkehr wird zunehmen

Gegen die zur Planfeststellung eingereichte Variante 07 haben laut Gerhard Weber vom Fachbereich "Bauen und Wohnen" 680 Personen Einwendungen erhoben. 1365 Personen haben sich an einer Unterschriftenaktion für einen verbesserten Schallschutz entlang der Bahnstrecke in Hockenheim beteiligt.

Die Stadt begrüßt zwar grundsätzlich, dass die DB Netz AG die Notwendigkeit eines zusätzlichen Schallschutzes anerkennt. Allerdings sei die zur Planfeststellung beantragte Variante 07 nicht geeignet, den bereits jetzt hohen und unzumutbaren Lärmbelastungen wirksam zu begegnen. Schlimmer noch: Im Zug der Transversale Rotterdam - Genua werde der Güterverkehr noch massiv zunehmen, in Zukunft neben der Rheintalbahn wohl auch auf der Schnellbahntrasse.

Die Stadt Hockenheim fordert nach wie vor die Einhaltung der zwischen der damaligen Deutschen Bundesbahn und der Kommune vereinbarten Schallschutzgarantie. Sie kämpft für einen wirksamen Schallschutz, zumindest die Realisierung der Variante 12. Diese unterscheidet sich deutlich von der Variante 07, die eine partielle Erhöhung der Lärmschutzwand auf 1,5 Meter, Schleifen der Gleise und passiven Schallschutz vorsieht. Diese Version würde eine mittlere Pegelminderung nach um 2,0 dB (A) bedeuten, obwohl eine spürbare Minderung bei 3,0 dB (A) liegt, und 9,2 Millionen Euro kosten. Die Variante 12 sieht den Neubau von Schallschutzwänden mit einer Höhe von acht Metern, Schleifen der Gleise und passiven Schallschutz vor. Die mittlere Pegelminderung nachts würde 4,5 dB (A) betragen und die Kosten bei 18,1 Millionen Euro liegen.

Dieter Gummer und Gerhard Weber gingen in kurzen Zügen auf die unendliche Geschichte in Sachen Lärmschutz ein, kritisierten die Inaktivität beziehungsweise die Hinhaltenaktik der Bahn und riefen die Hockenheimer auf, zum Erörterungstermin zu kommen. Eine Entscheidung über den zukünftigen Lärmschutz wird das Eisenbahnbundesamt treffen.

Realität weiter über Grenzwerten

In die gleiche Richtung wie das Pressegespräch der Stadt ging der Infostand von Parteien und BISS in der Karlsruher Straße. Ziel dieser fraktionsübergreifenden Aktivität war die Information vom Bahnlärm betroffener Hockenheimer Bürger hinsichtlich der Anhörung zum laufenden Planfeststellungsverfahren "Anpassung Schallschutz in Hockenheim". Dabei hätten die insgesamt rund 10000 insbesondere nachts vom Bahnlärm betroffenen Hockenheimer eine weitere Gelegenheit, ihre persönliche Betroffenheit gegenüber Vertretern der Bahn, des Eisenbahnbundesamts und des Karlsruher Regierungspräsidiums zum Ausdruck zu bringen und sich somit gegen jene unsinnige Billiglösung zu wehren, mit deren Hilfe die Bahn versucht, sich mittlerweile über 30 Jahre alter vertraglicher Verpflichtungen zu entziehen. Bis heute liege die Hockenheimer Bahnlärm-

Realität weit über den damals vertraglich fixierten Grenzwerten. Eine Umsetzung der von der Bahn beantragten Maßnahmen würde diese Abweichungen von der vertraglichen Vereinbarung nicht nur langfristig zementieren, sondern die Hockheimer Bevölkerung zudem den in den kommenden zehn Jahren zu erwartenden Erhöhungen des Güterverkehrs-Volumens und der daraus folgenden Erhöhung des Bahnlärm-Niveaus um weitere 40 Prozent schutzlos ausliefern.

Es war deshalb das gemeinsame Ziel aller politischen Kräfte und der Bürgerinitiative, mit dem Infostand nochmals massiv für eine Teilnahme möglichst vieler Bürger an der Anhörung zu werben und damit den Maßnahmen- und Entscheidungsträgern deutlich zu machen, dass der Hockheimer Widerstand gegen das vorgeschlagene Maßnahmenpaket ungemindert fortbesteht, teilt die Bürgerinitiative mit.

© Hockheimer Tageszeitung, Dienstag, 23.06.2015